

Stichwort 2000-Watt-Gesellschaft: Auch wenn wir 2000 Watt pro Kopf erreichen würden, steigt die Anzahl der Verbraucher.

Das 2000-Watt-Ziel ist eine Idee für Industrieländer, die heute weit mehr verbrauchen. Global sind wir heute eine 2300-Watt-Gesellschaft. Die Bevölkerungen wachsen heute wieder weniger schnell als früher, das hat mit gewissen Fortschritten in der Bildung zu tun. Natürlich wächst der Gesamtverbrauch, wenn pro Kopf gleich viel verbraucht wird und die Zahl der Köpfe zunimmt. Die Ungleichverteilung ist dabei aber das grössere Problem als die Anzahl der Köpfe. Stellen Sie sich einen Kindergeburtstag vor. Das erste Kind schnappt sich den halben Geburtstagskuchen, das zweite einen weiteren Drittel und so weiter; für das letzte bleiben nur Brosamen. Wer in erster Linie die Bevölkerungsgrösse als Problem sieht, wird sagen: Lade weniger Kinder ein! Der Befürworter des Wirtschaftswachstums wird sagen: Backe einen grösseren Kuchen! Dabei wissen alle, dass sich die ersten zwei einfach zurückhalten sollten.

In Ihrem nächsten Buch geht es um Energie. Welche Analysen und Perspektiven sind da zu erwarten?

Heute spricht man nur von der problematischen Energiebereitstellung: Uran, Erdöl ausbeuten, Transport und so weiter. Dahinter steckt die Vorstellung, die Anwendung der Energie sei unproblematisch – würde Energie nur «sauber» bereitgestellt, gäbe es kein Energieproblem. Das halte ich für Unsinn, denn jede Energieanwendung ist immer sozial und ökologisch relevant, sonst wäre sie ja ineffizient. Salopp gesagt: Auch ein Elektroauto, das mit Solarstrom fährt, tötet das Kind, das es überfährt. Ich frage, welche Energiemenge für uns optimal wäre. Zu wenig ist nicht günstig, aber wir in den reichen Ländern verbrauchen zu viel. Meine Hypothese ist: Uns würde es besser gehen mit weniger Energieverbrauch.

Freiwilliger Verzicht dank Einsicht jedes Einzelnen?

Von individueller Freiwilligkeit halte ich nicht viel. Wenn Einzelne sich suffizient

verhalten, freuen sich andere. Deshalb soll es eine gesellschaftliche Strategie sein, und die politische Debatte muss ausgebaut werden. Die Stadt Zürich hat 2008 das 2000-Watt-Ziel in ihre Gemeindeordnung geschrieben, andere werden folgen. Stichwort Suffizienz: Das tönt nach Verzicht. Verzicht wird aber nur gegenüber etwas Normalem als Verlust empfunden. Normal ist heute, jederzeit überall hinzufahren mit dem Auto. Früher war es normal, dass Kinder alleine draussen sein und in den Strassen spielen konnten. Dieser Verlust ist heute normal und gilt kaum mehr als Verzicht. Es geht nicht um die Frage, ob wir auf etwas verzichten müssen, sondern worauf wir verzichten sollten – und was wir dabei gewinnen.

Also ein kollektives Bewusstsein fördern?

Genau. Und damit «kollektives Bewusstsein» nicht zu sehr nach Esoterik tönt: Es geht um die Frage, wer die Macht besitzt zu definieren, was normal sei.

SUFFIZIENZ

SUFFIZIENZ – NOTWENDIGKEIT UND MEHRWERT

MARTIN HURNI.* WACHSTUM UND EFFIZIENZ SIND HEUTE ALS POLITISCHE LEITBILDER VORHERRSCHEND. DABEI SOLLTE LÄNGST AUCH EIN ANDERES LEITBILD PRÄSENT SEIN, NÄMLICH DAS DER SUFFIZIENZ. NUR MIT DIESEM KANN AKTUELLEN HERAUSFORDERUNGEN ADÄQUAT BEGEGNET WERDEN. WESHALB IST DAS SO, WIE SOLL DAS KONKRET AUSSEHEN UND WAS BEDEUTET EIGENTLICH SUFFIZIENZ?

Suffizienz ist im deutschen Sprachraum als Begriff kaum bekannt, sehr wohl bekannt aber ist seine Bedeutung. Suffizienz bedeutet soviel wie Genügsamkeit oder Angemessenheit. So verstanden ist sie in der Philosophie seit der Antike weit verbreitet. Die massvolle Befriedigung von individuellen Bedürfnissen wird oft als Voraussetzung für ein glückliches Leben verstanden. Entscheidend ist dabei die Frage nach dem «rechten Mass» und damit die Annahme, dass etwas genug sein kann. Dieser normative Aspekt liegt der Suffizienz zu Grunde. In gesellschaftlichem Kontext gewann der Begriff Anfang der Neunzigerjahre des vergangenen Jahrhunderts an Bedeutung. In Anlehnung an Herman Daly führte ihn Wolfgang Sachs in die ökologische Debatte ein und stellte ihn der Effizienz gegenüber.

Suffizienz versus Effizienz

Effizienzstrategien haben zum Ziel, dass derselbe Output mit weniger Ressourceninput erreicht wird, beispielsweise die gleiche Gütermenge bei geringerem CO₂-Ausstoss. Es geht dabei um relative Zahlen. In einer Welt mit knappen und begrenzten Ressourcen aber interessieren in erster Linie absolute Zahlen, und um diese kümmern sich Suffizienzstrategien. Effizienzstrategien sind nur sinnvoll, wenn ihnen Suffizienzziele vorangestellt werden. Damit erst wird verhindert, dass der Reduktionseffekt von Effizienzstrategien durch einen Mehrverbrauch aufgeessen werden kann. Dies lässt sich anhand der CO₂-Reduktionsziele gut veranschaulichen. Diese sind in erster Linie Suffizienzziele, da sie ein Genug beziehungsweise das ohne gravierenden

Schaden noch Mögliche definieren. Innerhalb ebendieser Schranken – und nur innerhalb dieser – können entsprechende Effizienzstrategien verfolgt werden.

In diesem Zusammenhang drängen sich bald einmal Fragen der Verteilungsgerechtigkeit auf, beispielsweise, ob sich eine Gesellschaft Fahrzeuge «leisten» kann und will, die zwar relativ effizient, im Vergleich zu anderen jedoch deutlich CO₂-intensiver sind. Oder ob das Brot der einen vom Bio-Kraftstoff der anderen gefressen werden darf. Suffizienz meint im Grunde eine Zügelung der Gier zugunsten der gerechten Verteilung der Güter zur Befriedigung der Grundbedürfnisse aller. Im Gegensatz zur oft als wertfrei (miss-)verstandenen Effizienz besitzt Suffizienz einen explizit normativen Charakter. Sie fragt nach Wertvorstellungen und nach dem Verständnis von Fortschritt als solchem.

Weniger kann mehr sein

Wirtschaftswachstum wird heute oft als Mass für Fortschritt verstanden. Obwohl wir materiell längst gesättigt sind – man

spricht auch von Überflussgesellschaften –, wird weiterhin alles daran gesetzt, eben dieses Wachstum zu fördern. Dies ist aus zwei Gründen verheerend. Zum einen führt uns diese Entwicklung früher oder später in den ökologischen Kollaps, zum andern befriedigen mehr Güter nicht automatisch mehr echte Bedürfnisse. Welche absurden Züge dies annehmen kann, zeigt die Tatsache, dass die Wirtschaft heute gezwungen ist, uns mit Hilfe von Werbung Bedürfnisse einzureden, die wir ohne sie gar nicht hätten. Im Extremfall kann man sogar beobachten, dass der wahrhaft glückliche Mensch heute als ökonomische Katastrophe angesehen wird, da er sowohl als Produktionsfaktor wie auch als Konsumfaktor ausfällt. Suffizienz tritt dieser Entwicklung entgegen, indem sie die Frage nach dem Verständnis von Fortschritt aufwirft. Sie kann helfen, unnötigen Ballast abzuwerfen und das Besinnen auf Tätigkeiten, die uns als Menschen weiter bringen, zu fördern. Sie muss keinesfalls eine Beschränkung bedeuten, sondern kann vielmehr Mehrwert schaffen.

Dennoch wird Suffizienz in der politischen Debatte oft auf einen mahnenden Zeigefinger reduziert und als moralisch durchtränkt zurückgewiesen. Ist aber die Annahme, dass ein Mehrkonsum immer auch zusätzlichen Nutzen mit sich bringt, nicht genauso normativ? Warum erwarten wir nicht ganz selbstverständlich, dass sich die soziale Güte einer jeden Gesellschaft nicht an der Höhe und Geschwindigkeit individuellen Konsums, sondern an der Dichte und Qualität gemeinschaftlicher Interaktionen bemisst? Weshalb formulieren wir kein Recht auf Suffizienz, das etwa lauten könnte: Niemand soll immer mehr haben wollen müssen? Vor dem Hintergrund eines solchen Schutzrechtes wäre es Aufgabe der Politik, Suffizienz zu schützen und zu ermöglichen.

Mögliche Reformansätze

Zum einen muss das Ziel einer solchen Politik sein, den der Marktwirtschaft inhärenten Wachstumszwang und vor allem ihren Wachstumsdrang wesentlich zu reduzieren und an normative Qualitätsziele zu knüpfen. Hierzu seien zwei mögliche Ansätze kurz angedeutet. Erstens die Minderung des Wachstumsdrangs durch Umgestaltung der Rechtsformen von Unternehmungen. Konkret könnte die Aktiengesellschaft ersetzt werden durch eine Unternehmensform, die nicht in gleicher Weise auf Wachstum ausgerichtet ist, z.B. die Stiftung. Zweitens ein Einbau der Eigenarbeit und eines obligatorischen Sozialdienstes in die Einkommenspolitik. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass nicht nur monetär entgeltete Arbeit, also der Lohnerwerb, massgebend ist für

die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, sondern auch die Eigenarbeit, d.h. die Arbeit zur Selbstversorgung, sowie die Sozialdienste zur gegenseitigen Hilfe.

Zum andern geht es auch darum, eine gerechtere Verteilung des Vorhandenen zu erreichen. Die Marktwirtschaft maximiert zwar auf effiziente Weise den Wohlstand, ist aber oft blind gegenüber Verteilung und Gerechtigkeit. Als ein weiterer Reformansatz kann das bedingungslose Grundeinkommen, kombiniert mit geschickter Fiskalpolitik, ein Weg sein, die eigentlich zur Genüge vorhandenen Güter gerechter zu verteilen. Denn mit einer gesicherten Grundversorgung wird erreicht, dass, besonders bei ökonomischen Krisen, nicht die Ärmsten die grössten Lasten tragen müssen, beispielsweise in Form von Arbeitslosigkeit oder prekären Arbeitsbedingungen. Suffizienz dient dabei als Leitidee für ein

entsprechendes politisches Handeln. Sie fördert das Verständnis dafür, dass unsere Gesellschaft sich grundlegend ändern muss, soll sie denn nachhaltig werden, und macht deutlich, dass die notwendigen Veränderungen auch einen Mehrwert bedeuten können – nämlich ein Mehr an Lebensqualität.

Dieser Artikel ist eine Collage aus Texten des Studio!sus zum Thema Suffizienz, welcher vom Autor mitgestaltet wurde. Alle entsprechenden Textfragmente wurden unter creative commons Lizenzen veröffentlicht.

Martin Hurni ist Bachelor in Umweltnaturwissenschaften und studiert momentan im Masterstudengang «Geschichte und Philosophie des Wissens» an der ETH Zürich. Er hat sich intensiv mit dem Thema Suffizienz beschäftigt, insbesondere als Chefredaktor des Studio!sus. www.studiosus.project21.ch

VIVIR BIEN

DAS GUTE LEBEN ALS PARADIGMA DER ZUKUNFT

PHILIPP ZIMMERMANN. SEIT EINIGEN JAHREN ERLEBT LATEINAMERIKA EINEN POLITISCHEN AUFBRUCH. DIE EMANZIPATORISCHEN REGIERUNGEN IN ECUADOR UND BOLIVIEN STEHEN NICHT NUR FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT, WIRTSCHAFTLICHE UNABHÄNGIGKEIT UND DEMOKRATISCHE PARTIZIPATION, SONDERN AUCH FÜR EIN NEUES LEBENSMODELL: DAS <VIVIR BIEN>.

«Wir erleben nicht eine Epoche des Wandels, sondern einen Epochenwandel», sagt der Präsident Ecuadors, Rafael Correa. In der Tat hat sich in Ecuador seit dem Amtsantritt der Regierung Correa im Jahre 2007 vieles verändert. Im Oktober 2008 hat das Land sich mit überwältigender Mehrheit an der Urne eine neue Verfassung gegeben und ist damit in eine neue Epoche eingetreten. Das Neue an dieser Verfassung ist nicht nur, dass sie erstmals in der Geschichte Ecuadors durch einen demokratischen Prozess unter Einbezug der sozialen Bewegungen und Vertretungen der *Indígenas* erarbeitet wurde; neu ist auch das grundsätzliche Paradigma, auf dem sie beruht. Bereits in der Präambel heisst es, mit dieser Verfassung solle «eine neue Art des Zusammenlebens der BürgerInnen» geschaffen werden, «in Diversität und Harmonie mit der Natur, um das Gute Leben, das *Sumak Kawsay*, zu erlangen».

Nur drei Monate nach der Annahme der neuen Verfassung durch das ecuadorianische Volk stimmten die Menschen in Bolivien über eine Neukonstituierung des Landes als «Plurinationaler Staat Bolivien» ab. Die Regierung von Evo Morales Ayma, dem seit 2006 amtierenden ersten indigenen Präsidenten Südamerikas, hatte schon in ihrem ersten Amtsjahr den Impuls zu einer Verfassungsgebenden Versammlung gegeben, welche die neue Verfassung unter Einbezug vieler sozialer – speziell indigener – Bewegungen ausarbeitete. Im Referendum am 25. Januar 2009 stimmten ihr über 61 Prozent der BolivianerInnen zu. Auch hier weist die Präambel darauf hin, dass dieser neue Staat auf den Prinzipien der «Souveränität, Würde, Komplementarität, Solidarität, Harmonie und Ausgewogenheit in der Verteilung des Sozialprodukts» basiert, und dass «die Suche nach dem Guten Leben» sein Ziel ist.